

Von der Tschechoslowakei und vom Rad der Geschichte

„Dann könnte es doch noch heiß werden in Mitteleuropa.“ Mit diesen Worten schließt Michael Frank, „z.Z. Prag“, den Hauptkommentar der Süddeutschen Zeitung vom 10. Juni 1992. Dann nämlich, wenn es zur Aufteilung der Tschechoslowakei käme, „dann bliebe die Slowakei als ein verarmender, relativ isolierter Kleinstaat zurück, der sich wohl territorialer Begehrlichkeit des Nachbarn Ungarn ausgesetzt sähe. Budapest hat für den Fall der Unabhängigkeit der Slowakei bereits den Trianon-Vertrag in Frage gestellt, der 1919 die Abtretung der bis dahin ungarischen Slowakei an die CSR verfügte.“

Unerwähnt ließ der Kommentar allerdings, daß es nicht nur eine Begehrlichkeit auf die Slowakei gibt. Am gleichen Pfingstwochenende, als in der Tschechoslowakei gewählt wurde, wurde eine Begehrlichkeit deutlich, die sich auf den anderen Teil der tschechoslowakischen Republik richtet. Diese Begehrlichkeit manifestierte sich in München, ausgerechnet in München, also der Stadt, deren Namen mit dem fürchterlichen Abkommen verknüpft ist, mit dem die Tschechoslowakei 1938 an Hitler ausgeliefert wurde. Die am Pfingstwochenende 1992 demonstrierte Begehrlichkeit manifestierte sich in aller Deutlichkeit durch die Landkarte, unter der sich die „Sudetendeutschen Landsmannschaften“ versammelt hatten. Diese Landkarte reduzierte den anderen Teil der tschechoslowakischen Republik auf jenen Kern, den Hitler meinte, als er 1939 von der „Erledigung der Rest-Tschechei“ sprach und den er als „Protectorat Böhmen und Mähren“ dem deutschen Reich einverleibte. Und was nicht „deutsch“ wurde, wurde übrigens auch damals ein „selbständiger slowakischer Staat“ – von Hitlers Gnaden. Zuvor hatte Hitler sich mit dem erwähnten „Münchener Abkommen“ das sogenannte Sudetenland „heim ins Reich“ geholt. Und eben dieses „Sudetenland“ war auf der Landkarte des Pfingsttreffens der Sudeten schon wieder säuberlich abgetrennt von der Tschechoslowakei und umschloß wie im Würgegriff die „Rest-Tschechei“.

Zur handfesten politischen Kriegserklärung wurde das Ganze dann durch den Auftritt des bayerischen Ministerpräsidenten und die Überraschung, die

er parat hatte. Im Bundestag hatte die CSU ja noch für den „Nachbarschaftsvertrag“ mit der CSFR gestimmt und sich die Zustimmung mit einer Zusatz-Erklärung bezahlen lassen, einer „vierfachen Kriegserklärung“, wie es in der Presse hieß. Sie hat offensichtlich erreicht, was sie wollte, und kann nun im Bundesrat getrost gegen den leidigen Rest, nämlich den „Nachbarschaftsvertrag“ selbst, stimmen. Bayern werde damit „ein Zeichen setzen“, verkündete der Ministerpräsident seinen begehrliehen sudetendeutschen Zuhörern.

„Was kann der Sigismund dafür, daß er so schön ist?“

Die Lage wird dadurch nicht harmloser, daß man sagt: Es ist *eine* Sache, was die CSU und die Sudetendeutschen, die „Ewig-Gestrigen“, wollen; es ist eine *andere* Sache, was sich durchsetzen kann. Mit dem drohenden Zerfall der Tschechoslowakei setzt sich ja schon etwas durch. Was sich damit durchsetzt, scheint allerdings nicht der Wille des Volks in der Tschechoslowakei zu sein; es gibt unter Tschechen und Slowaken „keine Anzeichen von Völkerhaß, eher von gegenseitiger Sympathie, weswegen der Trennungsprozeß auch aus der *politischen* Dynamik und nicht aus *Volksbewegungen* erwächst“ (SZ 10.6.92). Für diese „politische Dynamik“ steht insbesondere der bisherige Finanzminister Vaclav Klaus und seine „strikte marktwirtschaftliche Orientierung“, die in der Slowakei noch mehr Menschen erwerbslos gemacht hat als in der übrigen CSFR. Es ist die Aussicht, daß er jetzt Regierungschef wird, die die Abtrennungsbestrebungen in der Slowakei so auf den Plan rief, und laut SZ „kommt ihm die Spaltung entgegen“. Nicht erst vor dieser Wahl haben die Linken – allen voran die Kommunistische Partei Böhmen und Mähren, die als zweitstärkste Kraft ins tschechische Parlament einzieht – gewarnt: Die Politik von Klaus verschlechtert nicht nur die soziale Lage der **W**erkstätigen, sondern sie läuft auf eine Abtrennung von **B**öhmen und **M**ähren hinaus, und das heißt Auslieferung an den mächtigen „Nachbarn“ Deutschland.

Manche mögen es für eine glückliche „Fügung“

halten, daß „Deutschland“ also nur „abzuwarten“ braucht. Wie ein Krokodil, das nur rechtzeitig das Maul aufsperrt, wenn die Beute auf es zustrampelt. Oder, um es in Anlehnung an den Schlagertext zu sagen: Was kann „Deutschland“ dafür, daß es so groß ist? Was kann die Bundesrepublik dafür, daß sie eine derartige Anziehungskraft auf die Stücke ausübt, in die das „sozialistische Lager“ ging, nachdem seine Führer in drei Jahrzehnten immer mehr demontiert und verspielt, was in den vier Jahrzehnten nach der Oktoberrevolution von 1917 geschaffen worden war. Das erste Objekt dieser „deutschen Anziehungskraft“ war die DDR. Ihr Schicksal hat zumindest für die Bewohner der einverleibten DDR dieser „Anziehungskraft“ viel von ihrem Glanz genommen und offenbart sie genaugenommen als Zerstörungskraft, die imstande ist, einen immerhin noch halbwegs funktionierenden Industriestaat binnen zweier Jahre in ein desolates Zuschußunternehmen zu verwandeln. Aber gerade das braucht den neuerlichen Versuch nicht auszuschließen! Schließlich hat die Tschechoslowakei im Unterschied zur DDR Zeit genug gehabt, um sich „in eigener Verantwortung“ auf die neuen Verhältnisse (sprich: Niedriglöhne, Arbeitslosigkeit, soziale Demontage) umzustellen. Die gleichen Banken und Unternehmer, die keine müde Mark in „Ostböhmen“ investieren, könnte das von Klaus & Co. hergerichtete Böhmen und Mähren durchaus noch verlocken – bis es als sechstes das Schicksal der anderen „fünf neuen Bundesländer“ teilt. Und die Sudeten kämen noch schneller wieder zu ihrer „Heimat“, als sie es in ihren Pfingstträumen erhofften, als ihnen der CSU-Chef Waigel zurief, daß der „Nachbarschaftsvertrag“ mit der Tschechoslowakei keine befriedigende Lösung der „deutschen“ – jawohl, er sagte: der deutschen – Frage sei.

Wer hat die Hand am Rad der Geschichte?

Aber es braucht gar nicht so weit zu kommen, daß wieder einmal die „letzten territorialen“ Forderungen „Deutschlands“ erfüllt werden. (Hitler schwor Stein und Bein, daß mit der „Heimholung“ des Sudetenlands seine letzte territoriale Forderung erfüllt sei.) Die Zeichen stehen schon jetzt auf Sturm. Nur ein Esel kann es für ein Londoner Lokalereignis halten, daß es neben dem Denkmal für Winston Churchill nur ein einziges weiteres Denkmal für eine englische Persönlichkeit aus der Zeit des Kampfs gegen Hitlerdeutschland gibt und daß dieses Denkmal nicht irgendwann, sondern just in diesen

Tagen im Beisein der Königinmutter aufgestellt wurde: das Denkmal für „Bomber-Harris“, unter dessen Kommando der Bomber-Terror dorthin zurückgetragen wurde, von wo er ausgegangen war, von Deutschland.

Wir sollten besser nicht abwarten, welche „Überraschungen“ oder bisher für undenkbar gehaltene Wiederholungen die Geschichte auf Lager hat. Zu unübersehbar ist, auf wen das Wort zutrifft, daß man das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen kann, und daß gerade eben das versucht wird. Europa schickt sich an, immer mehr in jenen Zustand des nationalen Jeder-gegen-Jeden zurückzufallen, der im ersten imperialistischen Weltkrieg seine blutige Konsequenz fand. Grund genug, sich jetzt und nicht erst übermorgen auf die Lehre zu besinnen, zu der sich während des ersten Weltkriegs immer mehr Arbeiter über die Ländergrenzen hinweg gegen die kriegführenden Parteien zusammenfanden: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Und wie es Karl Liebknecht an die Adresse seiner Landsleute sagte: Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus. Wir müssen das groß gewordene Deutschland von innen her schwächen, ohne Rücksicht darauf, welchen Vorteil daraus gegebenenfalls die anderen Imperialisten ziehen. Nur so können wir dazu beitragen, daß sich international die Kraft formiert, die der Kriegsgefahr Einhalt gebieten kann, weil ohne sie keine Waffen für den imperialistischen Krieg produziert und keine Soldaten gegeneinander ins Feld geschickt werden können: also die Kraft der Arbeiter aller Länder. Jedes Abwarten gegenüber den Herrschenden des groß gewordenen Deutschlands, jedes Hinnehmen ihrer Anmaßungen in der Welt und der Ausschreitungen gegen Menschen anderer Nationalität im eigenen Land wird zwangsläufig die Arbeiter anderer Länder an die Seite ihrer Herrschenden treiben. Jeder Funke Kampf und Widerstand unsererseits wird sie dagegen in der für das künftige Schicksal Europas so wichtigen Hoffnung bestärken, daß die deutschen Arbeiter aus ihrer Geschichte gelernt haben! Es ist vergebliche Mühe, den Herrschenden klarmachen zu wollen, daß sie das Rad der Geschichte nicht auf den Beginn dieses Jahrhunderts zurückdrehen können. Zu sehr muß jeder von ihnen darauf hoffen, daß dadurch die Entscheidungen herbeigeführt werden, die in zwei Weltkriegen herbeigeführt werden sollten. Der ebenso vergebliche wie gefährliche Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, kann nur von den Arbeitern aufgehalten werden. Sie sind berufen oder verdammt, wie man will, mit den Herrschenden darum zu kämpfen, wer die Hand an den Speichen dieses Rades hat!